

# WEISS

Magazin der Freien Liste  
No. 32 Juni 2020

## GRENZEN



Erfahrungen und Erkenntnisse  
aus der Corona-Zeit **4**

Nachhaltige Altersvorsorge  
bedarf neuer Grenzen **10**

4 2 5 2 3 1 7 5 1

# 14

SEITE

## Maximale Freiheit für den mobilisierten Individualverkehr?

Warum neue Strassen unsere Probleme nicht lösen.



# 16

SEITE

## Demokratien auf dem Corona-Prüfstand

SWISS CLIMATE  
CO<sub>2</sub> NEUTRAL  
GEDRUCKT  
SC2020060901

### Impressum

Herausgeberin: Freie Liste, Liechtenstein  
Redaktionsleitung: WEISS, Birkenweg 6, 9490 Vaduz  
Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li  
Gestaltung: Tomcat AG, St. Gallen  
Bilder: Klaus Schädler, Martin Walser, iStock, DW Deutsche Welle  
Druck: LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz  
Papier: Bavaria 80g/m<sup>2</sup>, FSC  
Auflage: 20'700 Ex.



# 4

SEITE

## Die Corona-Pandemie in Liechtenstein aus medizinischer Sicht

# 8

SEITE

## Bremst die Pandemie die Klimapolitik?

Die Erreichung der weltweiten Klimaziele ist durch die Corona-Krise nicht einfacher geworden.

# 15

SEITE

## Blickpunkt Rassismus

EDITORIAL

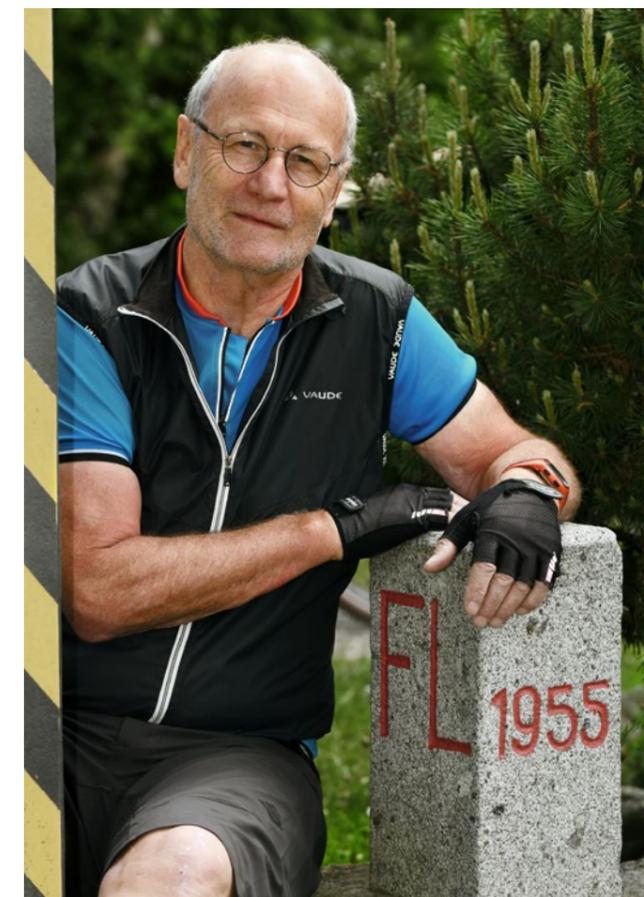
## GRENZEN(LOS) IN DER CORONA-KRISE

Pepo Frick, praesidium@freieliste.li  
Co-Präsident Freie Liste

Persönlich habe ich von heute auf morgen Freiheits-einschränkungen in Form von Anordnungen durch das Epidemie-Gesetz erlebt und mit ungläubigem Staunen die, mit Helikopter überwachte, Grenzschiessung zu Österreich verfolgt. Unser Staat sorgt erfolgreich für uns durch Gesundheitsrichtlinien betreffend Verhaltensänderungen und durch grösstmögliche Abdeckung wirtschaftlicher Folgen. Wird die Freiheitsbeschränkung auch im Nachhinein akzeptiert? Und wäre eine breite ergebnisoffene Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht überfällig? Jetzt in der Krise funktioniert dies gerade.

Als Teil der Gemeinschaft akzeptiere ich, wie die meisten Mitbürger\*innen, vorübergehende Einschränkungen der Freiheitsrechte zugunsten des Gesundheitsschutzes. Solidarität und Zusammenhalt gewinnen an Bedeutung. Viele spüren den Wert der sozialen Gemeinschaft; die Natur weltweit blüht auf, das Klima bekommt eine Atempause. Überleben die kritischen Gedanken zum grenzenlosen Wachstum? Wie reagieren wir als Weltgemeinschaft auf die Corona Krise? Ziehen wir betreffend Klimakrise mindestens eine Lehre daraus: Wenn die Menschheit überleben will, hört sie auf die Wissenschaft?

Als Politiker beobachte ich, wie autokratische Machtpolitiker weltweit die aktuelle Krise für ihre persönlichen Ziele und den Abbau von demokratischen Grundwerten missbrauchen.



**Gelingt es den politisch Verantwortlichen, einen strukturellen Wandel einzuleiten, der gesellschaftsübergreifend ist und der uns ökologisch und ökonomisch weiterbringt?**

Auch in unseren Breitengraden erfolgte ein kritisches Beobachten der Exekutive, die gewählten Volksvertreter\*innen gewinnen Handlungsmacht zurück. Mutige Politiker\*innen erkennen die Mängel der konsumorientierten Schönwetterökonomie, welche in einer Krise zu versagen droht. Gelingt es den politisch Verantwortlichen, einen strukturellen Wandel einzuleiten, der gesellschaftsübergreifend ist und der uns ökologisch und ökonomisch weiterbringt? Wie realisieren wir die Grenzen des grenzenlosen Wachstums?

Liechtenstein hat die Corona-Pandemie aus medizinischer Sicht gut überstanden. «Eine zweite Welle könnte uns härter treffen. Deshalb gilt es, rasch die Erkenntnisse der letzten Wochen umzusetzen und Defizite zu beheben», mahnt Ecki Hermann, Hausarzt und Regierungschefkandidat der Freien Liste bei den Landtagswahlen 2017. Zudem fordert er, dass die Regierung künftig eine\*n Vertreter\*in der Hausärzt\*innen in die Task Force zur Bekämpfung der Pandemie aufnimmt.

Text von Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li

## ERFAHRUNGEN UND ERKENNTNISSE AUS DER CORONA-ZEIT



unter anderem der disziplinierten Mentalität unserer Bevölkerung, die die Hygiene- und Abstandsregeln der Regierung grösstenteils befolgte», betont Ecki Hermann. Anfangs März jedoch konnte niemand davon ausgehen, dass diese Massnahmen die Pandemie in Liechtenstein ausreichend eindämmen würden. «Vielmehr wurde uns Ärzt\*innen klar, dass eine ähnliche Notsituation unser medizinisches System mit Fachkräften, Infrastruktur und Finanzierung landesweit rasch an seine Grenze bringen würde», erklärt er.

**«Auf keinen Fall wollten wir in Liechtenstein eine ähnliche Eskalation wie in Italien erleben.»**

### Mangel an Schutzmaterialien

Die langanhaltenden Lieferengpässe bei den Schutzmaterialien im März glich Dr. Ecki Hermann dank guter Kontakte zum heimischen Gewerbe und zur heimischen Industrie schnell aus: «Eine Arztpraxis ohne Schutzmaterialien ist ein No-Go. Weder bei unseren Lieferanten, noch bei der Regierung waren sie zu dem Zeitpunkt erhältlich oder sie wurden uns gar vorenthalten. Wir waren sehr dankbar auf privatem Weg rasch Desinfektionsmittel, Handschuhe und Masken zur Hand zu haben. Auch Schutzbrillen hatten wir uns noch rechtzeitig besorgt, während uns Schutzmäntel bis zum heutigen Tag fehlen», kritisiert Hermann. «Diese hätten uns erlaubt, die Corona-Ab-

Anfangs März weckten die täglichen Fall- und Todeszahlen in den Medien zur Krankheit COVID-19, im Volksmund Corona genannt, die schlimmsten Befürchtungen – sowohl bei Mediziner\*innen als auch in der Bevölkerung. Besonders aufgrund der Entwicklung in der Lombardei und den Städten Bergamo und Mailand sahen viele eine humanitäre Katastrophe auf ganz Europa, und somit auf Liechtenstein, zusteuern. «Dass es zum Glück anders kam, verdanken wir



«Ist es ethisch vertretbar, ältere Menschen während der Pandemie über die Quarantänezeit hinaus zu isolieren?» Ecki Hermann plädiert dafür, ihnen ein Mitspracherecht zu geben und regt an, dies mit Beteiligten, Angehörigen und gesellschaftlichen Gruppen zu diskutieren.

striche (Tests) im Verdachtsfall bei Patient\*innen zu Hause durchzuführen.» Weil die Koordination der Verdachtsfälle ausschliesslich über das Landesspital lief, waren einzelne Patient\*innen gezwungen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln ins Landesspital zu fahren. Wäre es hier zu einer Ansteckung gekommen, wie hätte man eine Rückverfolgung der Kontakte sicherstellen können? Es wäre praktisch unmöglich gewesen.

### «Wir hatten ein Riesenglück»

«Es ist uns zum Glück gelungen, die Infektionszahlen einzudämmen. Ein dauerhaft exponentielles Wachstum hätte unmittelbar zum Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems geführt. Das Landesspital wäre über Nacht überlastet gewesen und schlimmstenfalls hätten nicht mehr alle Patient\*innen mit schweren Krankheitsverläufen behandelt werden können», führt Hermann aus. «Auf keinen Fall wollten wir in Liechtenstein eine ähnliche Eskalation wie in Italien erleben.» Laut Medienberichten mussten in Italien die Ärzt\*innen entscheiden, wer behandelt wird und wer nicht.

Sorgen machte sich Dr. Ecki Hermann in dieser Zeit besonders um ältere Menschen. In Gesprächen habe er gespürt, dass viele «Nanas und Nenis» sowie Alleinstehende lieber selbst entschieden hätten, ob sie sich im Altersheim oder zu Hause ohne Besuch von Familienangehörigen isolieren, oder ob sie Besuch empfangen und eben das Risiko einer Ansteckung eingehen wollten. Einige hätten das Risiko durchaus in Kauf genommen, um der Einsamkeit zu entgehen. Dieses Selbstbestimmungsrecht würde der Hausarzt

bei einer künftigen Pandemie den älteren Menschen überlassen wollen oder klar ein Mitspracherecht zugestehen. Zumindest sollte seines Erachtens im Bereich der Wohn- und Altersheime eine Diskussion darüber möglich sein oder ihnen klar ein Mitspracherecht zugestehen.

In Interviews mit RadioL ermutigte Dr. Ecki Hermann stets zur Prävention, insbesondere dazu, das eigene Immunsystem anzukurbeln und zu stärken. Dies funktioniert beispielsweise mit Bewegung oder leichten sportlichen Aktivitäten in der Natur. Das war auch mit Abstandsregel und Versammlungsverbot möglich. Als zentral sieht er zudem einen weitgehenden Verzicht auf Alkohol und Nikotin, und vor allem eine gesunde Ernährung mit Obst, Kräutern und Gemüse – am besten aus der heimischen Region. «Das ist die wirksamste Vorbeugung auch bei einer zweiten Welle der Pandemie. Hebed Sorg!»





**Fünf Vorschläge von Ecki Hermann für den künftigen Umgang mit Pandemien in Liechtenstein**

- Hausärzt\*innen (Grundversorger\*innen) sollen in die Bekämpfung der Pandemie einbezogen werden. Keine Konzentration der Corona-Infektpatienten ausschliesslich auf das Landesspital, was im Falle einer schweren Pandemie zu einer sofortigen Überlastung des klinischen Gesundheitssystems führen würde.
- Aufnahme eines\*r Grundversorgers\*in und einer Infektiolog\*in in die Pandemie-Task Force der Regierung. Aktuell ist die ärztliche Kompetenz auf einen Spitalarzt und einen Labormediziner beschränkt.
- Effiziente Kommunikation der Regierung innerhalb des medizinischen Systems mit Hausärzt\*innen und anderen Gesundheitsversorger\*innen (wie Physio- oder Ergotherapie). Klar dokumentierte Handlungsanweisungen inkl. Budgetierung zur Umsetzung der Massnahmen.
- Ausstattung aller Grundversorger\*innen mit allen Schutzmaterialien (Pandemielager) unmittelbar zu Beginn der Pandemie ist obligatorisch.
- Vertrauensverhältnis der Hausärzt\*innen zu ihren Patient\*innen anerkennen: Testresultate beispielsweise an die Hausarztpraxen weiterleiten, die dann die Kontrollanrufe bei erkrankten Personen durchführen (statt das Landesspital). Auch Corona- Tests sollen mittels Hausbesuchen (Hausärzt\*innen) oder dem amtsärztlichen Dienst durchgeführt werden, um eine mögliche Ansteckung (z.B. im ÖV) zu reduzieren.

**Risk Management beim Hausarzt**

Sehr viel Wert legte das vierköpfige Ärzt\*innen-Team der Schaaner Arztpraxis auf Risikomanagement. Sein Ärzteteam hatte sich auf drei Szenarien bzw. Eskalationsstufen vorbereitet: **Stufe 1** milder Verlauf, wie wir ihn tatsächlich erlebt haben, **Stufe 2** mittlerer Verlauf mit zahlreichen ambulanten Patienten, und **Stufe 3** eine Entwicklung analog zu Norditalien, die Arztpraxen und Intensivmedizin vollkommen überlastet.

Beim Praxiseingang wurde eine Schleuse installiert, die genügend Abstand bot und mit Desinfektionsmitteln, Masken und Sitzgelegenheiten versehen wurde. «Damit wir die Ansteckungsgefahr möglichst auf null reduzieren konnten, reservierten wir in einer ersten Phase die Zeit von 8 bis 15 Uhr für die Grundversorger-Sprechstunde – also für reguläre Beschwerden wie Rückenschmerzen, Herzprobleme und Blutdruckgeschichten und konzentrierten uns ab 15 Uhr nur noch auf Infekt-Patient\*innen. Abends wurden die Praxisräume desinfiziert und gut durchgelüftet, morgens war alles wieder sauber», beschreibt Ecki Hermann. Unerwartet folgte dann die Anordnung der Regierung, aufgrund der Pandemie keine regulären Patient\*innen mehr annehmen zu dürfen, sondern nur noch Notfälle.

«Wer kein Notfall war, sollte statt «zum Doktr» lieber zu Hause bleiben und abwarten.» Die Corona-Versorgung hingegen wurde auf das Landesspital konzentriert. Verständlicherweise kam das bei Hausärzt\*innen als Ausgrenzungsmassnahme an bzw. als Positionierungsversuch für das Landesspital. Für unsere Praxis bedeutete dies, dass vormittags nur noch zwei bis drei Notfall-Patient\*innen kamen und Ärzte\*innen und Assistenten\*innen trotzdem anwesend sein mussten. Bis zu jenem Zeitpunkt gingen wir davon aus, dass die Nachfrage nach der Infekt-Sprechstunde deutlich zunehmen würde und das Landesspital mit Corona-Patient\*innen bald überlastet wäre. Den ganzen Nachmittag hatten wir inzwischen für Corona-Patient\*innen reserviert. In einem zweiten Schritt hatten wir die Infektpatient\*innen zusätzlich auch räumlich getrennt und zu diesem Zweck in kürzester Zeit eine zweite Praxis, bei unserem Kooperationspartner einer Schaaner Physiotherapie temporär eine zweite Praxis eingerichtet. Wenn trotzdem ein\*e Grippe- oder Corona-Patient\*in in unsere zentral gelegene Praxis an der Lindenkreuzung anklopfte, war sie oder er angehalten, sich am Schleuseneingang eine Maske anzuziehen und seine Hände zu desinfizieren. Ins steril ausgeräumte Wartezimmer durften nur Nicht-Infekt-Patient\*innen.

In der Physio-Praxis wurden nur nicht-infizierte Patient\*innen behandelt. Dadurch haben wir nebst der zeitlichen auch eine lokale Trennung erzielt und das Ansteckungsrisiko in der Praxis für Patient\*innen aber insbesondere auch für unser Personal reduziert. Die Absicht dahinter war auch, die medizinischen Grundversorgung in jedem Szenario aufrecht zu erhalten. Viele Arztpraxen oder andere Leistungserbringer wie Physio-/ Ergotherapeuten, Psychologen, Zahnärzte etc. konnten sich wegen fehlender Schutzmaterialien selbst gar nicht schützen. Infekte wären vorprogrammiert gewesen. Wer unterhält dann die ambulante Grundversorgung?

**Umweltorganisationen nutzen das Beschwerderecht dafür, um Projekte zu verzögern oder zu verhindern, wird behauptet. Das stimmt so nicht. Zu Verzögerungen kommt es aus anderen Gründen.**

Text von Andrea Matt, andrea.matt@supra.li



Es war einmal eine Strassenbaubehörde. Die legte bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit (UVP) der Tunnelspinne einen mangelhaften Lärmbericht vor. Er war inhaltlich unzureichend, sodass die Richter die Bauherren

aufforderten, einen neuen zu erstellen. Und zwar einen, mit dem die aktuellen Gesetze eingehalten werden. Ansonsten könne man das Projekt nicht genehmigen. Dies hatten Privatpersonen, Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen beantragt. Nur dadurch erreichten sie, dass die Menschen entlang der Haupttrouten gesetzeskonform vor Lärm geschützt werden, sollte die Tunnelspinne jemals gebaut werden. Nicht sie verursachten die Verzögerungen, sondern die schlechten Berichte.

Das ist fast immer so, belegen verschiedene Studien aus den deutschsprachigen Ländern. Ein Grund für lange Verfahren liegt, laut dem Schweizerischen Bundesamt für Umwelt (BAFU), in der ungenügenden Vorbereitung der Projekte.

Das Beschwerderecht hat klare Grenzen. Mit ihm lassen sich Projekte nicht verhindern. Denn in einem UVP-Verfahren wird ein Projekt so lange optimiert, bis alle Umweltvorgaben eingehalten werden können. Bereits in den Verfahren weisen Umweltorganisationen auf inhaltliche Mängel hin. Nur wenn die Projektant\*innen darauf nicht eingehen, kommt es zu einer Beschwerde. Dann prüfen unabhängige Richter, ob das Projekt gesetzeskonform ist. Weil Gerichtsverfahren aufwendig und teuer sind, reichen Umweltorganisationen nur selten und auch nur bei gravierenden Mängeln eine Klage ein. Die Klagen weisen eine entsprechend hohe Erfolgsquote auf.

**WIR STOSSEN AN DIE GRENZEN DES BESCHWERDERECHTS**

Sämtliche Studien weisen auf die Vorteile des Beschwerderechts hin. Das BAFU schreibt: «Das Recht der Organisationen, umweltrechtliche Verfügungen anzufechten, erhöht die Qualität der Verwaltungsentscheide: Da immer mit einer Anfechtung zu rechnen ist, erhält die korrekte Anwendung der gesetzlichen Vorgaben Priorität und muss sich nicht den politischen Interessen beugen.»

Beim Beschwerderecht hat sich Liechtenstein am EWR-Recht zu orientieren. Die Vorgabe aus der europäischen UVP-Richtlinie wurde bei der Neufassung des Liechtensteinischen UVP-Gesetzes 2009 korrekt umgesetzt, und zwar so, dass sie von der EFTA-Überwachungsbehörde nicht beanstandet werden konnte. Der aktuelle Standard kann daher nicht weiter abgesenkt werden.

**«Das Beschwerderecht wirkt vorbeugend und schützt unsere Lebensgrundlagen.»**

Denn das Europäische Umweltrecht verfolgt mit dem Beschwerderecht ein klares Ziel: Es gibt den Menschen, deren Lebensqualität und Gesundheit von Grossprojekten bedroht sein könnten, als auch den Umweltorganisationen ein Klagerecht. Mit dem Ziel, dass alle – auch aus Sorge vor einer Verzögerung – die Umweltgesetze einhalten.

Das Beschwerderecht hat also Grenzen und setzt Grenzen. Es wirkt vorbeugend und schützt unsere Lebensgrundlagen. Wir brauchen es. Unbedingt.

**Kurzfristig profitiert unser Klima weltweit von den Ausgangsbeschränkungen in der Corona-Krise. Die Stickstoffoxid-Messungen in China und Europa zeigen eine deutliche Erholung der Messwerte. Diese temporäre Luftverbesserung ist jedoch nicht nachhaltig.<sup>1</sup>**

Text von Conny Büchel Brühwiler, praesidium@freiliste.li

# KLIMAPOLITIK IN ZEITEN ÖKONOMISCHER ZWANGSPAUSE



Wir erleben eine Zeit in der nichts mehr so ist, wie vorher und vieles möglich scheint, was kaum denkbar war. Konnten wir uns in der Vor-Corona-Zeit eine Pandemie solchen Ausmasses vorstellen? Unter riesigem Zeitdruck werden fieberhaft

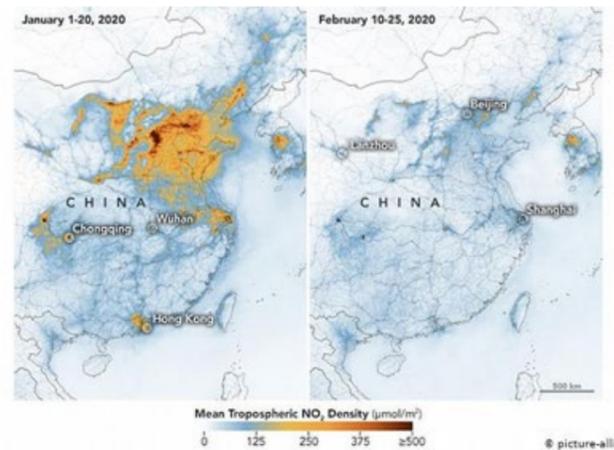
Daten gesammelt, analysiert, es wird nach Impfstoffen gesucht. Das Datenmaterial, das uns zur Krankheit Covid-19 zur Verfügung steht, ist kaum erforscht und muss laufend angepasst und neu interpretiert werden. Trotzdem steht die Welt für eine Weile still.

Dachten wir jemals an einen Ausnahmezustand, der die öffentliche Freiheit in diesem Masse einschränken und die Gewaltenteilung so verändern würde? Es werden Notfallszenarien erstellt und Konjunkturprogramme astronomischen Ausmasses geschnürt. Das Ausmass wirtschaftlicher Folgen ist kaum abzuschätzen, solange kein Impfstoff zur Verfügung steht. Es stellt sich die Frage, ob der ökonomische Wiederaufbau für einen nachhaltigeren Neustart genutzt wird oder klimapolitische Forderungen im Zuge ökonomischer Erholung vernachlässigt oder gar ignoriert werden? Wird Liechtenstein an den definierten Klimazielen festhalten oder werden wirtschaftliche Interessen vorangestellt? Klar ist, wenn wir im jetzigen Wirtschaftsmodell bleiben, werden wir weiterhin hohe Treibhausgasemissionen erzeugen.

So manche Bilder, die unsere Bildschirme fluteten, zaubern ein Lächeln auf die Gesichter. Schildkrötengelege an Stränden, wo sich sonst Touristen bräunen, schlafende Robben auf deutschen Nordseeinseln, wo sich sonst Strandkörbe reihen. Wildtiere erobern Stadtparks, Uferpromenaden und Vorstadtgärten. Franz Hohler schrieb 1989 «Die Rückeroberung».

In Hohlers weitsichtiger, kurzer Geschichte erobern sich Tiere und Pflanzen die Stadt Zürich zurück. Eine Geschichte, die in Zeiten des Lockdowns Realität zu werden scheint.

Der Wunsch nach einer heileren Welt ohne Klimakrise scheint zu wachsen. Doch die Corona-Krise absorbiert fast unsere gesamte Aufmerksamkeit und Fähigkeit zur Krisenbewältigung. Der Klimawandel reagiert jedoch nicht auf menschliche Bedürfnisse, sondern nur auf menschliches Handeln.



Innerhalb nur eines Monats hat sich die Luftverschmutzung in China deutlich verbessert.<sup>2</sup>

Einen Monat vor der UNO Klimakonferenz 2019 in Madrid richteten 11'000 Forscher\*innen aus 153 Ländern ihren Appell mit drastischen Worten an die Welt. Das Datenmaterial, das ihnen zur Verfügung steht, ist – anders als bei Covid-19 – seit Jahrzehnten bekannt, bestätigt und verfeinert worden. Der Bericht kann im Magazin «Bio Science» eingesehen

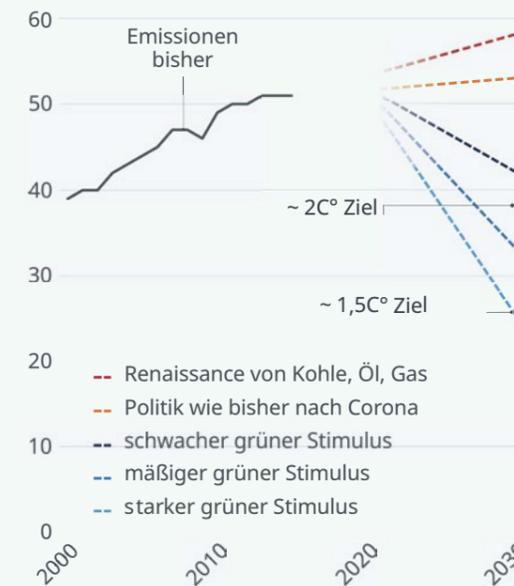
werden<sup>3</sup>. Die Kernaussage daraus: «Aus den vorliegenden Daten wird klar, dass ein Klimanotfall auf uns zukommt.»

Konjunkturprogramme nach Corona sind entscheidend für die Klimaziele. Climate Action Tracker zeigt in aktueller Studie mögliche Pfade.

Das Europäische Parlament hat bereits 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Europas Abgeordnete folgten dem Vorbild vieler europäischer Mitgliedsstaaten und Städte. Wird nun, als Folge von Covid-19, die bereits verbindliche Reduktion von Treibhausgasen vernachlässigt?

## Konjunkturprogramm für Klimaschutz?

Treibhausgase in Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent global



Quelle: climateactiontracker.org

## Extreme Wetterverhältnisse in Liechtenstein

Uns steht der dritte, extrem trockene Sommer bevor: Waldbrandgefahr, künstliche Bewässerung in der Landwirtschaft, erwartete Ernteauffälle und Waldschäden durch die massive Ausbreitung des Borkenkäfers. Auf der Website des Amt für Umwelt kann die «Anpassungsstrategie an den Klimawandel in Liechtenstein<sup>4</sup>» heruntergeladen werden. «Das übergeordnete Ziel der Klimaschutzpolitik in Liechtenstein ist es, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um den negativen klimabedingten Entwicklungen entgegen zu wirken.»

Als Problemfelder werden: erhöhtes Risiko für Wasserknappheit; Hitze- und Trockenperioden; steigendes Risiko für Hochwasser; Ernteeinbussen; Hitzestress für die Natur; Schwächung der Schutzwälder durch Extremereignisse; Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität usw. ausgemacht.

**«Aus den vorliegenden Daten wird klar, dass ein Klimanotfall auf uns zukommt.»**

Was für Notsignale aus der Natur brauchen wir denn noch? Es muss doch längst klar sein, dass Konjunkturmassnahmen zugunsten wirtschaftlichen Aufschwungs keinesfalls die Erreichung der Klimaziele beeinträchtigen dürfen.

Die Voraussetzungen zur Erreichung der Klimaziele waren schon vor Corona alles andere als ideal – und sind durch die Pandemie nicht einfacher geworden. Viele Menschen bangen um ihre Arbeitsplätze und Geschäfte um ihr Überleben. Arbeit und Konsum wurden wieder langsam hochgefahren – immer noch in banger Sorge um eine weitere Infektionswelle. Die staatlichen Massnahmen in der Corona-Krise dürfen wir jedoch nicht als direktes Vorbild für die Bewältigung der Klimakrise nehmen. Denn dann wäre der Staat über Jahrzehnte in den autoritären Notstandmodus zu versetzen. Klimapolitik muss künftig zentral und handlungsleitend für jegliche politische Entscheidung werden.

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wissen/coronavirus-verbessert-in-china-die-luft-1.4826879>

<sup>2</sup> <https://www.dw.com/de/petersberger-klimadi-log-wie-1%C3%A4sst-sich-corona-und-klimakrise-zusammen-1%C3%B6sen-merkel-guterres/a-53262778>

<sup>3</sup> <https://doi.org/10.1093/biosci/biz156>

<sup>4</sup> <https://www.llv.li/inhalt/117675/amtstellen/klimawandelanpassung>

<sup>5</sup> <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/naturgefahren/fachinformationen/gefahrenprozesse/naturgefahren-und-klimawandel.html>

Der Generationenvertrag ist eine unausgesprochene Übereinkunft zwischen den jüngeren Generationen, die Beiträge einzahlen und den älteren, die Renten beziehen. Er beruht auf gelebter Tradition und soll allen in ihrer jeweiligen Lebensphase ein menschenwürdiges Auskommen garantieren. Dieser Generationenvertrag wird über die AHV staatlich organisiert. Er wird als Unterstützungspflicht gegenüber der älteren Generation verstanden und im Umlagesystem finanziert.

Text von Wolfgang Marxer, Wolfgang.marxer@landtag.li

## NACHHALTIGE ALTERSVORSORGE BEDARF NEUER GRENZEN



Zum Bestandteil eines solchen «Vertrages» gehört das Verhältnis von Einzahler\*innen zu Bezüger\*innen und natürlich deren Lebenserwartung. Dass sich diese zwei Parameter seit der Gründung der AHV erheblich geändert haben, ist bekannt.

Im März-Landtag stand das «Versicherungstechnische Gutachten 2019» zur Debatte. Gesetzeskonform wird damit mindestens alle fünf Jahre geprüft, wie sich das AHV-Vermögen über einen künftigen Zeitraum von 20 Jahren entwickelt. Weil der Prognosewert am Ende der Betrachtungsperiode 2038 erstmals knapp unter die geforderten fünf Jahresausgaben fiel, bekam dieser Bericht im Landtag besondere Aufmerksamkeit.

Die Abgeordneten waren sich einig, dass die AHV kein Sanierungsfall ist. Wird allerdings der Projektionszeitraum mit den heute gültigen Rahmenbedingungen auf 40 Jahre erweitert, zeigt sich, dass sich das AHV-Vermögen aufgebraucht hat.

### Vergleich mit der Schweiz

Bekannt sind als mögliche Stellschrauben zum einen die Beitragszahlungen – wo Liechtenstein deutlich unter dem Schweizer Niveau liegt – zum anderen der Staatsbeitrag – in der Schweiz nach wie vor bei rund 20 % der jährlichen Ausgaben – bei uns jedoch deutlich tiefer fixiert und drittens eine Erhöhung des Rentenalters. In Summe und im Vergleich zur Schweiz bezahlen wir weniger ein, haben den Staatsbeitrag auf deutlich tieferem Niveau fixiert, lösen mit Zu-

satzrenten höhere Verpflichtungen aus, kennen eine grosszügige 13. AHV-Rente und eine überaus attraktive Frührentenregelung. Alle diese Punkte belasten die AHV-Rechnung zusätzlich.

### Anmerkungen zur Landtagsdiskussion

Die FBP zeigte sich kompromisslos sowohl beim Staatsbeitrag wie auch beim Rentenalter. Als Anregung an die Regierung formulierte sie eine unsägliche Verquickung von höheren Beitragssätzen, weniger Finanzausgleich für die finanzstarken Gemeinden und damit gegengerechnet niedrigere OKP-Krankenkassen-Prämien. Einer ergebnisoffenen Diskussion verweigerte sich die FBP. Offener, auch für neuere Lösungen, zeigte sich die VU, welche eine Indexierung an die Lebenserwartung als prüfenswert erachtete. Sie regte eine Flexibilisierung des Rentenalters an und wiederholte ihren Vorschlag nach einem dynamischen Staatsbeitrag.

### Situation der obligatorischen Pensionskasse

Die Freie Liste-Fraktion zeigte unter anderem auf, dass die Altersvorsorge auf mehr als der AHV allein beruht und dass der 2. Säule, der obligatorischen Pensionskasse (PK), eine immer grössere Bedeutung zukommt. Für die Rentner\*innen ist das addierte Resultat massgebend.

Die AHV steht gesetzlich unter permanenter Beobachtung, geringfügige Korrekturen sind gefragt. Doch das System Pensionskasse weist viel offensichtlichere Mängel auf. Immer weniger ist sichergestellt, dass daraus eine angemessen hohe Rente resultiert, welche zusammen mit der AHV die Lebenshaltungs-

kosten sichern soll. Bei beiden, AHV und Pensionskasse, zeigen sich ähnliche Problemfelder: a) der Zinseszineffekt, (auch als «dritter Beitragszahler» bezeichnet), spielt nicht mehr, b) wir leben länger und c) die Aussichten sind nicht positiv. Weil für die Rentner\*innen eben nur die Summe von AHV und PK massgebend ist, regte die Freie Liste an, dass bei den Vorschlägen, welche die Regierung aufgrund der AHV-Gesetzgebung auszuarbeiten hat, auch Verbesserungen im PK-System angedacht werden.



Die gesetzlich tiefen Beitragssätze zu einer Pensionskasse sind die tatsächliche Schwachstelle in der Altersvorsorge. Sie liegen massgeblich unter jenen in der Schweiz. Doch Gesellschaftsminister Pedrazzini verspürte zu einem solchen Ansinnen keine Lust und erteilte diesem Lösungsansatz – mit Blick auf die Erfahrungen in der Schweiz – gleich eine Absage.

Im Sinne des Generationenvertrages, was für mich immer auch im Sinne der Generationengerechtigkeit heisst, sehe ich nur Chancen mit einem Lösungspaket, dass von einer Mehrheit als «ausgewogen» angesehen wird: sprich einen Mix aus Massnahmen auf der Finanzierungsseite und Massnahmen auf der Anspruchsebene oder ein Lösungspaket, an dem die gesamte Bevölkerungsbreite einen Anteil beiträgt. Wie kann dies bewerkstelligt werden? Wie kann die Finanzierung leistungsgerecht gestaltet werden? Es gibt verschiedene Wege für Feinjustierungen, aber im Sinne der Gerechtigkeit bevorzuge ich folgende Lösung: Mit einer Erhöhung des Staatsbeitrags (aus dem jährlichen Staatshaushalt) wäre die gesamte Breite der Bevölkerung beteiligt und zwar im Verhältnis ihrer Steuerkraft. Sprich: die Wirtschaft und die Arbeitnehmer, aber – gemäss Steuerstatistik 2018 (für das Jahr 2017) – auch der Personenkreis älter als 65 Jahre, die heutigen Rentner\*innen, die rund 25 % der Vermögens- und Erwerbssteuer der natürlichen Personen und rund 6-7 % des gesamten Steueraufkommens betragen. Ganz generell würde

ich einen Mechanismus begrüssen, der die langfristige Finanzierung der AHV garantiert bzw. einen Anpassungsmechanismus festlegt, ohne dass wiederholt politische Entscheide benötigt werden. Denn die werden in Zukunft – gerade wenn es um eine generationengerechte Verteilung der AHV-Mittel geht – nur schwieriger. Ich weiss allerdings, dass Langfristigkeit keine Stärke der Politik ist.

### Schlussgedanke

Es ist zwar eine enge Auslegung der Anspruchsbeziehung für eine AHV-Rente, aber innerhalb derer wird das Giesskannenprinzip angewandt, ganz nach dem Motto: «Wer einzahlt, hat auch Anspruch auf eine Auszahlung». So weit, so gut. Aber ich möchte dieses Prinzip doch relativieren: Würde bei der Rentenberechnung in irgendeiner Form eine wirtschaftliche Bedürftigkeit<sup>1</sup> «hineinfakturiert» – wie auch immer ausgestaltet – wäre wohl die Altersvorsorge auf Generationen hinaus geregelt – ohne dass deswegen jemand in Armut verfallen würde. Ich weiss, eine Utopie – jedoch eine schöne.

**«Die gesetzlich tiefen Beitragssätze zu einer Pensionskasse sind die tatsächliche Schwachstelle in der Altersvorsorge.»**

Die Verantwortlichen, sprich diese Regierung oder eben eine der zukünftigen, wird in ihren Reformvorschlägen nicht umhinkommen, die Grenzen der langfristigen Sicherstellung einer nachhaltigen Altersvorsorge neu festzulegen – auf Ebene AHV wie auf Ebene Pensionskasse. Je früher dies geschieht, desto weniger einschneidend werden die Massnahmen sein.

### Mein Plädoyer

Bei all den erforderlichen Anpassungen gilt: die demografische Entwicklung (Verhältnis Aktivversicherte zu Rentenbezieher\*innen) verlangt, dass kommende Generationen mit Anpassungen am Rentensystem AHV und PK entlastet werden. Bei gleichen Beitrags- bzw. Anspruchsparemtern wie bisher, sind heutige Aktivversicherte kaum in der Lage eine eigene Altersvorsorge aufzubauen – der Reservetopf wird aufgebraucht sein und damit wird Altersarmut zum grossen Thema. Es ist zu befürchten, dass die Vorschläge und Massnahmen ein Flickwerk bleiben werden, mit dem sich auch künftige Generationen noch über Jahre und Jahrzehnte beschäftigen müssen. Denn wie erwähnt: Langfristigkeit ist keine Stärke der Politik.

<sup>1</sup>Bedürftigkeit meint im Familienrecht einen wirtschaftlichen Zustand von natürlichen Personen, in dem sie nicht oder nicht ausreichend in der Lage sind, aus eigener Kraft für ihren Unterhalt zu sorgen. Das Sozialrecht hingegen verwendet den rechtlich eigenständigen Begriff der Hilfsbedürftigkeit.

Grenzen im Kopf verhindern Entwicklung. Grenzen sind oft gelernt und von Vorurteilen geleitet. Auch eine Person, die sich als absolut integrativ und nicht-wertend sieht, hat Vorurteile. Diese Zuschreibungen wirken sich auf die ganze Gesellschaft aus. Umso wichtiger, dass wir diesen Grenzen auch auf einer anderen, als der individuellen Ebene begegnen. Denn Vorurteile verhindern, dass wir die Gesellschaft sind, die wir sein wollen.

Text von Corina Vogt-Beck, corina.vogtbeck@gmail.com

## KANN DIE DAS? ÜBER GRENZEN IM KOPF



Vorurteilen kann man nicht entgehen. Viele würden es abstreiten, aber alle haben Vorurteile. Doktor Müller ist eine junge Frau? Der Spanier ist gross und blond? Der Vater arbeitet Teilzeit? Man stützt. Vorurteile sind primitiv (im Wortsinn), aber nützlich: Sie

erleichtern uns das Denken. Vorurteile können etwas besonders gut: Sie teilen die Flut an Informationen aus der Welt in möglichst einfache Kategorien, in verdauliche Häppchen, ein. In alt und jung, männlich und weiblich, dick und dünn, fremd und bekannt. Dieses Programm läuft in unserem Kopf immer ab. Schon mit der kleinsten Information über einen Menschen suchen wir die passende Schublade.

Vorurteile sind in der Regel negativ. Dabei kommen sie selten laut und rüpelhaft daher – man ist ja gut erzogen. Meistens sind Zuschreibungen sehr viel diskreter und werden in unserem Denken, ohne unser Zutun und oft gegen unseren Willen, aktiviert. Das Gute daran ist, wir können gegensteuern: Das beste Mittel gegen Vorurteile ist, sich derer bewusst zu werden – und zu handeln. Denn wenn Vorurteile vorherrschen, braucht es gesellschaftlich definierte Regeln, konkrete Massnahmen, Bewusstseinsarbeit.

### HalbeHalbe will Vorurteile und stereotype Rollenbilder beseitigen

Rollenstereotype sind ebenfalls eine Form dieser negativen Verallgemeinerungen. In Artikel 5 des «Überkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Art von Diskriminierung der Frau» (CEDAW), dem Liechtenstein angehört, verpflichten sich die Vertragsstaaten alle geeigneten Massnahmen zu treffen «um einen Wandel in den sozialen und kulturellen Ver-

haltensmustern von Mann und Frau zu bewirken, um so zur Beseitigung von Vorurteilen sowie von herkömmlichen und allen sonstigen auf der Vorstellung von der Unterlegenheit oder Überlegenheit des einen oder anderen Geschlechts oder der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen».

Die Initiative HalbeHalbe bezweckt unter anderem diesen Wandel hin zur Beseitigung von Vorurteilen und stereotypen Rollenverteilungen. Der vorgeschlagene Verfassungszusatz «die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert» soll den gesellschaftlichen Konsens ausdrücken, dass wir keine auf Zuschreibungen und Rollenstereotypen beruhende politische Vertretung wollen, da wir uns unserer Vorurteile und Grenzen bewusst sind. Zudem bezeugen wir durch die Annahme der Initiative, dass uns aktive Partizipation von Frauen wichtig ist, damit ihre Perspektive gesehen und ihre Meinung gehört wird, und zwar nicht durch Stellvertreter übermittle, sondern indem die Frauen selber am Tisch sitzen.

Die Verfassungsinitiative HalbeHalbe sichert eine langfristige Förderung einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter und führt somit dazu, dass wir unsere Gesellschaft im Bereich der politischen Partizipation aktiv gestalten können.

### Zur Person

Corina Vogt-Beck ist Mitglied des Initiativkomitees HalbeHalbe, Gemeinderätin und Vorstandsmitglied des Frauennetz Liechtenstein und von Hoi Quote. Sie wohnt mit ihrem Mann, drei Kindern und einer Katze in Triesenberg.

Glückliche und stabile Beziehungen sind für uns alle wichtig. Dass nicht alle Liebesbeziehungen mit einem Happy End ausgehen, ist auch in Liechtenstein eine Tatsache. Die Scheidungsrate hierzulande lag 2018 bei dreissig Prozent.

Text von Petra Eichele, petra.eichele@infra.li



Die eine oder andere Ehe (und eingetragene Partnerschaft) scheitert an grossen und kleinen Dingen und an der Wirklichkeit. Die ganze Familie steht vor einem Scherbenhaufen, ist verunsichert und von der Situation oftmals überfordert. Die emotionale Belastung ist gross. Gleichzeitig gilt es, viele Fragen zu klären, Entscheidungen zu treffen und auch den Alltag neu zu organisieren.

### Neuer infra Ratgeber

Die infra berät und begleitet seit mehr als 30 Jahren Frauen in Trennungs- und Scheidungssituationen. Bereits vor 20 Jahren wurde der erste infra Ratgeber zur Trennung und Scheidung veröffentlicht. Dieses Jahr erscheint der Ratgeber bereits in der vierten Auflage. Die Neuauflage berücksichtigt wichtige gesellschaftliche Entwicklungen wie die eingetragene Partnerschaft und ein neues Rollenverständnis rund um die Elternschaft. Der Ratgeber gibt einen aktuellen Überblick über die rechtliche Situation rund um eine Trennung und Scheidung, ermöglicht eine erste Orientierung und hilft bei der Klärung zentraler Fragen. Was kommt auf mich zu – rechtlich und finanziell? Was passiert mit der gemeinsamen Wohnung, dem Haus? Habe ich Anspruch auf Unterhalt, wie wird er berechnet? Wie regeln wir das Kontaktrecht, die Betreuung der Kinder? Wie wird das Vermögen aufgeteilt? Verliere ich durch eine Scheidung mein Aufenthaltsrecht? Brauche ich eine Anwältin oder einen Anwalt?

Der infra Ratgeber unterstützt Frauen und Männer darin, gut informiert und im Bewusstsein der Konsequenzen, die Scheidung in die Wege leiten zu können. Er richtet sich aber auch an Beratungsstellen und Fachleute. Anhand von vielen Beispielen aus dem Beratungsalltag der infra klärt der Ratgeber über die rechtlichen und finanziellen Folgen einer Trennung und Scheidung auf. Weitere Kapitel informieren über die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft, sowie über die Themen soziale Sicherheit, Finanzen, Unterhalt und Hilfsangebote. Ein Muster einer Scheidungsvereinbarung und ein umfassender Adressteil runden den Ratgeber ab.

## GLÜCKLICH GESCHIEDEN?

### Das Wohl der Kinder

Nicht nur die Eltern haben viele Fragen, auch die Kinder sind verunsichert. Für die Kinder ist es daher besonders wichtig, auch nach der Scheidung zu beiden Elternteilen eine gute Beziehung pflegen zu können. Das neue Kindschaftsrecht (seit 2015) zielt darauf ab, die Eltern gemeinsam in die Verantwortung zu nehmen und die Interessen ihrer Kinder, mit Blick auf deren Wohlbefinden, gemeinschaftlich und im Einvernehmen zu regeln. Der neue infra Ratgeber informiert Eltern ausführlich über das gemeinsame Sorgerecht und gibt auch einen Überblick über den Kindesunterhalt bei aufgeteilter Betreuung.

«Betroffene werden in diesem Ratgeber eine klare Orientierung und wertvolle Tipps finden.»

### Individuelle Beratung

Das Scheidungsrecht ist komplex und je nach Alter, Lebensmodell und persönlicher Situation stellen sich die Fragen sehr unterschiedlich. Der Ratgeber ersetzt daher auf keinen Fall die individuelle Beratung. Für Frauen bietet die infra eine unentgeltliche Erstberatung durch erfahrene Anwältinnen an. Bei einvernehmlichen Trennungen und Scheidungen beraten wir auch Paare. Denn wir wollen Paare darin bestärken, diesen schwierigen Weg mit gegenseitigem Respekt zu gehen und die Scheidungssituation auf faire Weise zu regeln.

Interessierte Frauen und Männer können den Ratgeber bei der infra beziehen:

infra, Informations- und Beratungsstelle für Frauen  
Landstrasse 92  
9494 Schaan  
Telefon 232 08 80 oder  
info@infra.li  
www.infra.li



Autofahrer\*innen sollen auch 2030 den grösstmöglichen Bewegungsraum auf Liechtensteins Strassen erhalten. Auf keinen Fall sollen sie sich dabei durch den öffentlichen Verkehr belästigt fühlen. Liechtensteins Politik ist immer noch der Überzeugung, dass das Verkehrsaufkommen mit neuen Strassen gelöst werden kann.

Text von Patrick Risch, patrick.risch@landtag.li

## AUF LIECHTENSTEINS STRASSEN SOLL DIE FREIHEIT GRENZENLOS SEIN



Die Regierung hat endlich das Mobilitätskonzept 2030 vorgestellt. Das Konzept der Regierung ist ein gutes Papier. Es bietet eine Fülle von sinnvollen Massnahmen.

Leider fehlen sowohl ein konkretes Ziel als auch eine zeitliche Priorisierung der einzelnen Massnahmen.

Der Landtag hat Anfang Mai das Mobilitätskonzept der Regierung beraten. Das passierte über mehrere Stunden, doch es wurde schnell klar: Ja zum Aktivverkehr (AV) mit Fahrrad-/Fusswegen und Ja zum öffentlichen Verkehr (ÖV) – aber bitte nur solange er den Autofahrer\*innen nicht lästig wird. Einziger Lichtblick: Die S-Bahn wird nun endlich konkreter. Im Juni-Landtag sollen die Abgeordneten über einen Kredit zur Mitfinanzierung der S-Bahn befinden.

Ein Abgeordneter der DPL brachte die Haltung des Landtags gegen Ende der Debatte auf den Punkt: «Stellen wir den ÖV auf die Seite.» Es ging dabei zwar konkret um die Busbuchten statt Fahrbahnhaltstellen, doch die Aussage konnte treffender nicht sein. Der ÖV soll gefördert werden, er darf aber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) nicht lästig werden. Offensichtlich überschreitet der ÖV bei einigen Landtagsabgeordneten eine Grenze und verletzt den persönlichen Freiraum der mehrheitlich autofahrenden Abgeordneten.

### Grenzen der Fairness

Eine Grenze der Fairness überschritten, hat auch der Landtag, indem er einem Antrag des FDP Abgeordneten Alexander Batliner folgte. Dieser hat während der

Debatte den Antrag gestellt, dass die Regierung prüfen soll, ob das Verbandsbeschwerderecht der LGU abgeschwächt werden kann. Es ging überhaupt zu und her wie auf einem Bazar. Es kamen mehrere Anträge von allen Seiten, die auf ihre Weise jeweils alle den MIV fördern sollen: Eine neue Umfahrungsstrasse soll es für Nendeln und Schaanwald geben, Liechtenstein soll sich für eine Autobahnspange nördlich von Feldkirch stark machen und signalisieren, dass sich das Land finanziell beteiligen würde. Wie auch gegenüber der Schweiz signalisiert werden soll, dass Liechtenstein die Kosten beim Rheinübergang Bendern-Haag bezahlen wird – wenn es nur schnell geht. Dies alles zusätzlich zu den von der Regierung geplanten Massnahmen: Den Industriezubringern in Triesen und Schaan.

Der Antrag der Freien Liste, dass das Mobilitätskonzept an ein konkretes Ziel zu koppeln ist – einem Modalsplit von 50% ÖV/AV-Anteil und 50% MIV-Anteil bis zum Jahr 2030 – wurde mit grosser Mehrheit vom Landtag abgelehnt.

Das gesamte Konzept ist unter <https://www.mobilitaet2030.li> aufgeführt.

### Die vier Massnahmenpakete

1. ÖV/AV-Push
2. Effizientere Nutzung der bestehenden Infrastruktur
3. Kapazitätserweiterung
4. Verkehrssicherheit

«Matter is the Minimum» besagt, dass schwarze und farbige Menschen bzw. ihre Leben wertvoll und liebenswert sind und diese Welt sie braucht. Klare Botschaft. Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd demonstrierten weltweit Tausende und Abertausende gegen Rassismus und für Frieden.

Text von Alexa Ospelt, info@weissmagazin.li

## GEMEINSAM FÜR TOLERANZ UND GEGEN RASSISMUS

Die Black-Lives-Matter-Bewegung bahnte sich viral ihren Weg durch Social Media und «etablierte» Medien. Die spürbar grosse Solidarität mit dem Opfer eint die Menschen rund um den Globus.

### Und Liechtenstein?

Sind die alltäglichen Fragen «Woher kunscht, wem khörscht?» bloss freundlich gemeint oder schwingen darin ausgrenzende Absichten mit? «Auch in Liechtenstein gibt es Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Hautfarbe», meint der Abgeordnete Thomas Lageder: «Wenn ich mir den Bericht «Menschenrechte in Liechtenstein 2019» der Liechtensteiner Regierung», bzw. die Tabelle auf S. 37 ansehe, erstaunt es mich schon, dass rund 55% der ausländischen Kinder die Oberschule besuchen



(ohne den Anteil an Schweizer, Österreicher und deutschen Kinder mitzurechnen, ihr Anteil liegt bei insgesamt 15,5%), während gerade mal 8% Kinder bzw. Jugendliche ausländischer Herkunft und nicht-deutscher Muttersprache ans Gymnasium gehen. Mangelnde Sprachkenntnisse allein reichen als Erklärung nicht aus.»

«MATTER»  
IS THE  
MINIMUM

BLACK LIVES ARE WORTHY  
BLACK LIVES ARE BELOVED  
BLACK LIVES ARE NEEDED

«Auch in Liechtenstein gibt es Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Hautfarbe.»

«Gute Demokratien werden noch besser nach der Krise, schlechte Demokratien werden noch schlechter» (Roger de Weck, Sternstunde Philosophie vom 5.4.2020). Neben der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Herausforderung steht während dieser Corona-Krise auch unser politisches System, unsere Demokratie auf dem Prüfstand.

Text von Georg Kaufmann, georg.kaufmann@landtag.li

## DEMOKRATISCHE GRENZERFAHRUNGEN ZU CORONA-ZEITEN



Im Januar 2020 blicken wir erst interessiert, dann gebannt nach China, in die Region Hubei und besonders in die Stadt Wuhan, wo das Coronavirus wahrscheinlich seinen Ursprung hat und sich rasend schnell verbreitet. Mit einer Mischung aus

«Grusel» und Faszination beobachten wir das harte und radikale Durchgreifen der chinesischen Behörden. Kaum sechs Wochen später bricht das Virus über Europa herein und löst den grössten Notstand seit dem 2. Weltkrieg und das grösste wirtschaftliche Hilfspaket der Geschichte aus. Liechtenstein ist mittendrin.

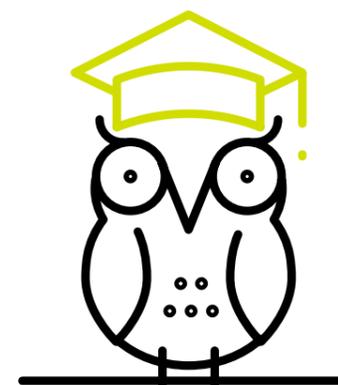
### Regierung übernimmt das Zepter

Die liechtensteinische Regierung beschliesst am 13. März, in Übereinstimmung mit der Schweiz, Massnahmen<sup>1</sup> zur Bekämpfung des Coronavirus. Die Regierung übernimmt wie in allen Ländern das Zepter. Zur Verminderung des Übertragungsrisikos und zur Bekämpfung des Coronavirus werden drastische und umfassende Massnahmen verordnet, welche die verfassungsmässig verbürgten Freiheitsrechte drastisch einschränken. Dazu gehören Einschränkungen beim Grenzübertritt nach Österreich und Deutschland sowie Massnahmen gegenüber der Bevölkerung, insbesondere ein Versammlungs-, Veranstaltungs- und Reiseverbot. Die Verordnung tritt noch am selben Tag in Kraft und gilt höchstens für die Dauer von sechs Monaten. Damit werden das gesellschaftliche Leben komplett und das wirtschaftliche Leben zu einem Grossteil heruntergefahren. Eine neue Situation für alle, doch der grösste Teil der Bevölkerung

hält sich diszipliniert an die verhängten Massnahmen. Elf weitere Regierungsverordnungen folgen allein bis Mitte Mai.

**«Dazu gehören Einschränkungen beim Grenzübertritt sowie Massnahmen gegenüber der Bevölkerung, insbesondere ein Versammlungs-, Veranstaltungs- und Reiseverbot.»**

Das Ergebnis gibt der Regierung Recht: Nach anfänglich starker Zunahme von positiv getesteten Fällen, flacht die Kurve im April ab und pendelt sich bei gut 80 Fällen ein. Eine betagte Frau, die positiv getestet wurde, stirbt in einem Pflegeheim. Um neben der Gesundheitskrise eine Wirtschaftskrise, und damit Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, erarbeitet ein Expertenteam in kürzester Zeit ein Massnahmenpaket: Bereits eine Woche nach den verordneten Einschränkungen legt die Regierung dem Landtag ein Hilfspaket zur Unterstützung der Wirtschaft in der Höhe von 120 Mio. Franken zur Beschlussfassung vor. Am 8. April wird anlässlich eines zweiten Sonderlandtages die Erweiterung des wirtschaftlichen Massnahmenpaketes beschlossen, sowie ein Gesetz über Begleitmassnahmen in der Verwaltung und Justiz in Verbindung mit der Krankheit Covid-19



Das mag alles sein. Jedoch, weiss der Autor, dass mein Unternehmen aufgrund des Lockdown pleite gegangen ist und auch meine Nachbarin ihren Job verloren hat? Das nenne ich Grenzerfahrung. Wie gut oder schlecht etwas funktioniert hat, ist auch eine Frage der Perspektive und persönlichen Betroffenheit. Das demokratische System, in dem Fall vor allem unsere Regierung, hat noch einiges zu leisten.

Stimme der Weissen Eule

verabschiedet. Damit haben Verwaltung und Justiz klare Verhältnisse zur Fortführung ihrer Arbeit.

### Eigenmächtige Verschiebung der Abstimmungen

Die Rollen- und Kompetenzzuteilung von Landtag und Regierung funktioniert grösstenteils in dieser Krisenzeit. Einzig die eigenmächtige Verschiebung der beiden Volksabstimmungen vom 7. Juni durch die Regierung erachtet die Freie Liste als gesetzeswidrig. Ihrer Meinung nach hätte der Gesetzgeber, also der Landtag, adressiert werden müssen. Ab Mai werden die drastischen Einschränkungen schrittweise zurückgenommen, immer unter konsequenter Beobachtung, wie sich die Corona-Fälle entwickeln. In dieser Zeit wird auch der Druck aus der Bevölkerung stärker, die mühseligen Einschränkungen aufzuheben und zur Normalität zurückzukehren.

**«Der Staat ist gefragt in einer Krisenzeit, darf jedoch nie in Opposition zum Volk regieren.»**

### Mein persönliches Fazit:

Das demokratische System in Liechtenstein hat sich in dieser Krisenzeit bewährt. Die politischen Kräfte haben gespielt: Die Regierung hat ihren Führungsanspruch wahrgenommen, mit entsprechenden zeitlich begrenzten Verordnungen situativ und in Übereinstimmung mit den Gesetzesbestimmungen gehandelt und auch transparent und regelmässig informiert. Bei der Verschiebung des Abstimmungstermins der beiden Volksabstimmungen zeigte sich meines Er-

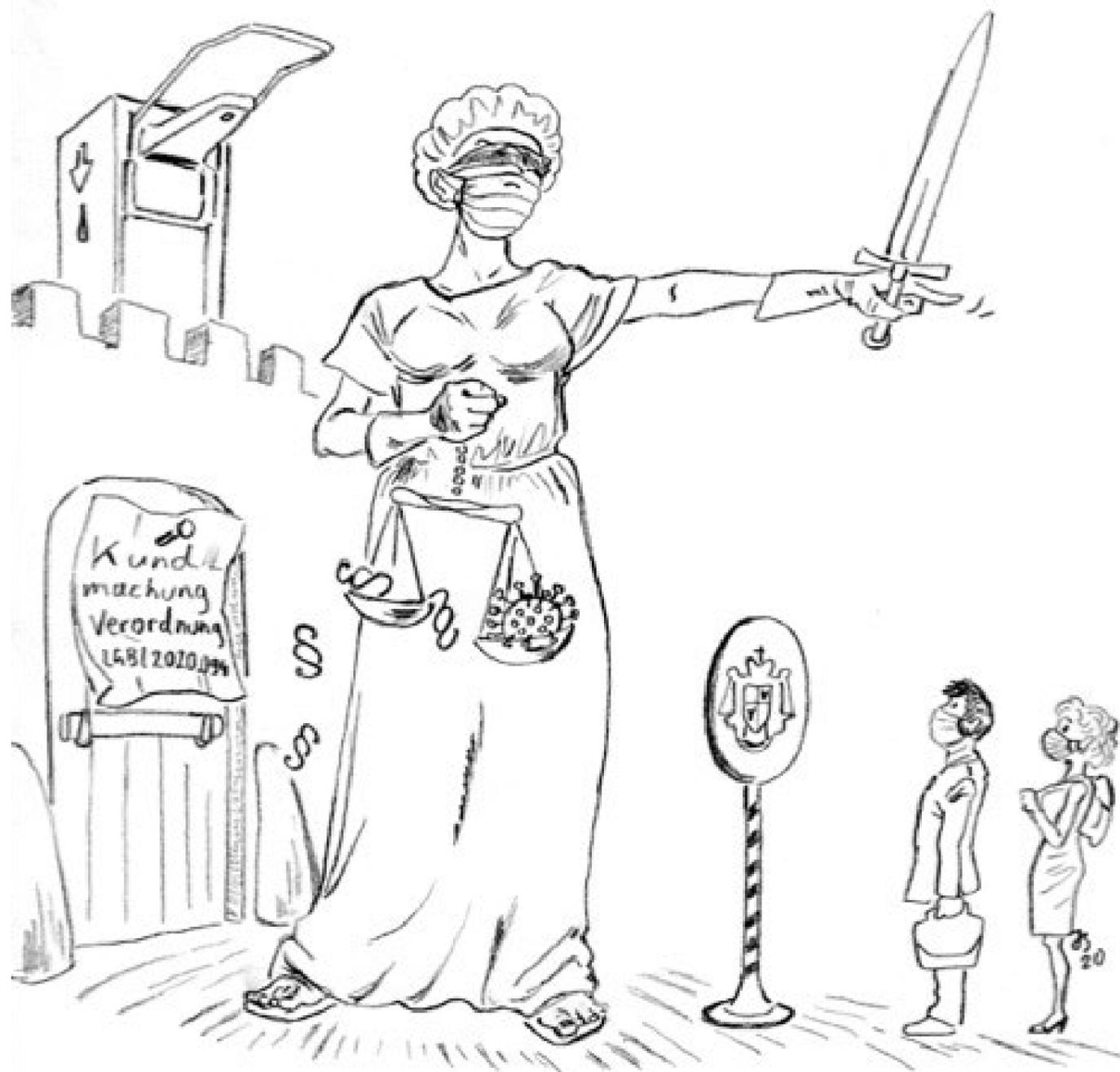
achtens eine Gesetzesunschärfe, welche geklärt werden müsste. Der Landtag hielt sich am Anfang der Krise zurück und wirkte eher im Hintergrund. Die ordentliche Landtagssitzung von Anfang April wurde abgesagt, dafür beschloss er an zwei Sonderlandtagen wichtige Massnahmenpakete zur Stützung der heimischen Wirtschaft. Bereits der Mai-Landtag wurde wieder ordentlich durchgeführt, einzig der Versammlungsort, der Vaduzer Saal, widerspiegelte die Krisenzeit. Die Freie Liste hat die Massnahmen der Regierung stets mitgetragen, aber auch ihre Verantwortung als Opposition wahrgenommen, wenn sie es für richtig erachtete. Die Verfassung sieht vor, dass der Staat in Notzeiten drastische Massnahmen setzen kann. Das ist gut. Der Staat ist gefragt in einer Krisenzeit, darf jedoch nie in Opposition zum Volk regieren. Stets ist das Wohl des Volkes im Auge zu behalten. Allgemein hat der Staat in dieser Krise an Profil gewonnen und Stimmen, die in der Vergangenheit nach einem Abbau des Staates riefen, sind hoffentlich verstummt. Diese Krise bietet aber auch uns als Gesellschaft die Chance, das Gemeinsame wieder zu entdecken, Solidarität neu zu leben. (Stand Mitte Mai 2020)

<sup>1</sup> Art. 7 und Art. 40 des Schweizer Epidemiegesetzes und Art. 65 des Gesundheitsgesetzes

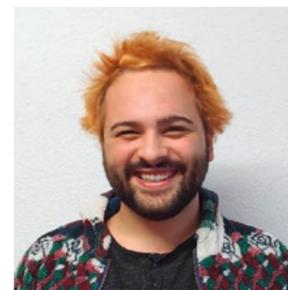
In diesen Zeiten ist es so wichtig wie nie, einen kühlen Kopf und einen frechen Sinn für Humor zu bewahren. Das Gequängel um Schutzmassnahmen und das Zuhausebleiben sind bzw. waren schwer genug. Und wenn wir den Humor verlieren, haben die Viren gewonnen!

Text von Samuel Schurte, samschurte@gmail.com

## DIE DREI LUSTIGSTEN PRANKS, TROLLS UND SPÄSSE AUS DER CORONA-ZEIT



*Corona Justitia*



Zum Glück geht die Regierung im Land mit gutem Beispiel voran und zeigt uns, wie man eine Pandemie mit Witz bekämpfen kann. Hier also: Die Top 3 der Pranks, Trolls und Spässe aus der Corona-Zeit.

### Platz 3: Fürstliche Besonnenheit

Zwar auf dem letzten Platz, trotzdem ein super Prank! Als noch über Lockdown und Massenpanik spekuliert wurde, überlegte sich das Fürstenhaus einen speziell lustigen Streich: eine Ansprache des Erbprinzen. Im Staatsoberhaupt-Style wandte er sich im März ans Volk um seine Ideen zur aktuellen Lage kundzugeben. Dann aber die Pointe: Er hat gar keine Ideen! Absolut nichts Neues wurde in der Ansprache gesagt. Die zahlreichen Menschen, die auf mutmachende Worte ihres Staatsoberhauptes gewartet haben und sich sieben Minuten Zeit nahmen, wurden massiv getrolled! Und alle fragten sich (im Gegensatz zum Erbprinzen): «Wo ist die versteckte Kamera?» Ein guter Prank, allerdings wurde er mit jeder (stündlichen) Wiederholung fader. Deshalb hier nur auf Platz 3.

### Platz 2: Ein bisschen Schnaps muss sein

Doch Herr Pedrazzini wurde anscheinend von den Hamsterkäufen anderer überrumpelt. Wer hätte gedacht, dass Desinfektionsmittel während einer Pandemie ein so begehrtes Gut sein würde? Der Gesundheitsminister weiss aber, wir können das Virus nur mit Humor besiegen. Deshalb definierte er den Grundsatz der Demokratie «Von den Leuten für die Leute!» neu und bat die Angestellten der Landes-

verwaltung darum, ihm ihren Alkohol zu bringen, um daraus neues Desinfektionsmittel herzustellen. So unvorbereitet als Gesundheitsminister mit einer Pandemie umzugehen, dass man den Alkohol der eigenen Angestellten als Spende entgegennehmen kann, ein herrlicher Witz mit genialem Timing!

### Platz 1: Ein riesengrosses «Ätsch-Bätsch»

Der beste Witz ist ein internationaler. Allerdings beteiligte sich Liechtenstein daran sehr aktiv. Nur zweieinhalb Monate hat es gedauert, bis die ganze Welt quasi stillstand. Es ist doch eigentlich ein Wunder: Die Wirtschaft, die Ersatzgottheit der heutigen Zeit, wurde auf ein nötiges Minimum reduziert. Und wir leben noch. Witzeprosen sind sich einig: Ein grösseres Zunge-raus-Hände-an-den-Kopf-und-mit-den-Fingern-wackeln gab es noch nie. Dazu ist die Politik also fähig! Leider gelingt das aber nicht, wenn Hunderte Schüler\*innen auf den Peter-Kaiser-Platz laufen, um die Politik wachzurütteln und (tatsächlich und ohne Übertreibung) den Planeten zu retten. Um zu zeigen: Politik kann etwas bewirken, Solidarität ist keine hohle Phrase, sondern politische Praxis und Menschenleben sind wichtiger als Kapital... Aber halt nur wenn's uns in den Kram passt: Das ist für mich der Witz des Jahrtausends.

#### Kleines Glossar

Prank: englisches Wort für Streich oder Eulenspiegelerei, ein unter Jugendlichen gebräuchlicher Ausdruck

Troll: Kein norwegisches Fabelwesen, sondern gemeint ist hier ein Beitrag, der darauf abzielt, Leser\*innen emotional zu provozieren



Die Landtagsfraktion  
der Freien Liste

## Gehörst Du zu unserem Kandidat\*innen-Team für die Landtagswahlen 2021?

Stell Dir vor, Du sitzt im Kreis der 25 Abgeordneten und debattierst an vorderster Front mit. Du vertrittst gern offen deine Meinung, bist bereit zuzuhören und überzeugst andere am liebsten mit guten Argumenten. Die Vorstellung gefällt Dir, denn Du willst die demokratischen Prozesse im Land weiter verbessern und über Liechtensteins Zukunft mitentscheiden.

Die Freie Liste will einen starken Landtag, der die Diversität von Liechtensteins Bevölkerung bestmöglich abbildet und sich deutlich stärker für Klimaschutz engagiert. Du auch? Wir bieten dir jetzt die Chance, offizielle Kandidat\*in der Freien Liste zu werden und den kommenden Wahlkampf mitzugestalten. Einmal gewählt, leistest Du als Abgeordnete\*r in etwa ein 50%-Pensum. Dafür erhältst Du eine finanzielle Entschädigung in Form von Sitzungsgeldern.

### Was auf Dich wartet

- Eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten
- Interessante neue Kontakte
- Die Chance auf die beste Weiterbildung Deines Lebens
- Persönliches Mentoring, wo Du es brauchst
- Ein engagiertes Team, das Dich unterstützt

### Was wir erwarten

- Hohes Interesse an politischen Fragestellungen und Mitgestalten der Rahmenbedingungen auf Landesebene
- Bereitschaft, Deine politischen Positionen in der Öffentlichkeit zu vertreten
- Freude an politischen Debatten
- Affinität zur sozialen, ökologischen und demokratischen Ausrichtung der Freien Liste
- Liechtensteiner Bürgerrecht

### Ist es das, was Du willst?

Wir unterstützen Dich gerne. Melde Dich bitte bei einem\*r Vertreter\*in der Freien Liste und informiere Dich unverbindlich. Wir freuen uns auf Dich.

Freie Liste  
Birkenweg 6  
9490 Vaduz  
Geschäftsstelle  
T 231 17 31 (vormittags 8 bis 12 Uhr)  
info@freieliste.li  
www.freieliste.li

**LASS DICH AUFSTELLEN.  
FÜR EIN HUMANES  
KLIMA IM LAND.**



**SOZIAL  
DEMOKRATISCH  
ÖKOLOGISCH**